

Kiel, 15.06.2005

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

*TOP 17 – Vorgezogene Schuleingangsuntersuchung*

**Detlef Buder:**

## **Kinder optimal auf Einschulung vorbereiten**

Ich will meine Jungfernrede mit einem Gemeinplatz beginnen, der wie alle Gemeinplätze ebenso banal wie richtig ist: Der Übergang in die Schule ist einer der wichtigsten Einschnitte im Leben eines Menschen. Wenn dieser Übergang mit dem Erleben von Misserfolg und Scheitern einhergeht, werden für die Biographie eines jungen Menschen bereits die Weichen auf ein späteres Scheitern im Leben gestellt.

Wir müssen uns deshalb nicht darüber streiten, dass wir der Vorbereitung auf die Einschulung mehr Aufmerksamkeit widmen müssen als in der Vergangenheit. In derselben ersten Grundschulklasse treffen bei uns im Schnitt 21 bis 22 Kinder auf einander, die bereits von sehr unterschiedlichen Lebenserfahrungen geprägt wurden: Sie kommen aus allen sozialen Schichten, viele von ihnen haben jahrelang im Kindergarten Erfahrungen im Zusammenleben und Zusammenlernen mit Gleichaltrigen gesammelt, während viele andere diese Erfahrungen noch nicht machen konnten. Die Mehrzahl ist in Familien mit deutscher Muttersprache aufgewachsen; viele Schüler kommen aus Familien mit Migrationshintergrund, von denen wiederum viele zu Hause ausschließlich die Muttersprache sprechen. Und selbst bei ähnlichen Rahmenbedingungen entwickeln sich Kinder geistig, seelisch, körperlich und sozial unterschiedlich schnell.

Es wäre daher zu spät, wenn man es dem Grundschullehrer bzw. der Grundschullehrerin in der ersten Klasse überließe, aus dieser Vielfalt der Entwicklungen das Beste zu machen. Die optimale Lösung wäre wahrscheinlich, wenn wir eine mindestens zweijährige Kindergartenpflicht mit derselben Verbindlichkeit wie die Schulpflicht durchsetzen könnten. Aber es wäre unredlich, diese Perspektive mittelfristig in den Raum zu stellen, weil uns allen klar ist, dass weder die kommunalen und privaten Träger von Kindertagesstätten noch das Land die Mittel zur Umsetzung einer solchen Pflicht haben.

Es besteht Einigkeit zwischen der Koalition und der Antrag stellenden Fraktion der GRÜNEN darin, dass die Schuleingangsuntersuchung vorgezogen werden soll. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD sieht vor, sie spätestens auf das vierte Quartal des Kalenderjahres vor der Einschulung vorzuziehen. Dies würde bei einem Schuljahresbeginn Anfang/ Mitte August einen Abstand von mindestens rund acht Monaten ergeben.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN erinnern daran, dass wir in dem nicht zum Tragen gekommenen Koalitionsvertrag zwischen ihnen und der SPD formuliert hatten, wir würden ein Vorziehen der Schuleingangsuntersuchung auf ein Jahr anstreben. Diese Jahresfrist war die Philosophie der GRÜNEN, nicht ursprünglich die der SPD. Denn aus dem, was ich zu den unterschiedlichen Entwicklungsrhythmen von Kindern gesagt habe, ergibt sich auch, dass das Prinzip, je früher die Untersuchung stattfindet, umso besser sei es, sich in der Realität so nicht abbildet.

Ein Jahr ist im Leben eines Erwachsenen eine verhältnismäßig kurze Spanne, im Leben eines kleinen Kindes ist es eine halbe Ewigkeit. Ein zu großer Abstand zwischen dem Termin der Schuleingangsuntersuchung und der Einschulung wird der Möglichkeit nicht gerecht, dass sich gerade in diesem letzten Jahr entscheidende Tempoänderungen in der Entwicklung anbahnen.

Mit Recht weist die Begründung des Antrages darauf hin, dass gerade die Kinder, die in ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld zu wenig gefördert werden, von ihren Eltern nicht in der Kindertagesstätte angemeldet werden und daher besondere Förderung brauchen.

Um einem Missverständnis gleich vorzubeugen: Kinder mit Sprachdefiziten stammen nicht immer aus Migrantenfamilien. Es gibt leider auch viele deutsche Eltern, die, oft aus ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation heraus, ihren Kindern zu wenig Förderung zukommen lassen, gerade in sprachlicher Hinsicht.

Es darf nicht so sein, dass für diese Kinder Diskussionen über Details der Rechtschreibreform schon deswegen völlig gegenstandslos sind, weil sie niemals irgendeinen nachvollziehbaren Stand der deutschen Rechtschreibung beherrschen werden. Hier muss frühzeitige Förderung schon zur Vorbereitung auf die Einschulung einsetzen. Darüber sind wir uns glücklicherweise einig.

Wir schlagen deswegen vor, dass der Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in den Bildungsausschuss überwiesen und dort ausführlich beraten wird.